



Teltower Kreisblatt

Tageszeitung für nationalsozialistische Politik

Amtliche Zeitung des preussischen Landkreises Teltow. — Parteiamtliches Kreisorgan der N. S. D. A. P.

Bestellungen werden von den Postanstalten, den Briefträgern und unseren Nebenstellen im Kreise oder direkt beim Verlage angenommen. Bezugspreis monatlich 1,60 RM, zuzüglich Bestellgeb. Das Teltower Kreisblatt erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Anzeigen werden im Verlage, Berlin W 35, Lützowstr. 87, bei unseren Nebenstellen im Kreise und allen Anzeigenannahmen angenommen. Die schlagspaltene, Millimeterzeile oder deren Raum kostet 8 Pfennig, die dreispaltene Millimeterzeile im Restameteil des Blattes 0,28 Reichsmark. Verlag und Schriftleitung: Berlin W 35, Lützowstr. 87. Fernruf: Sammel-Nr. B 2 Lützow 0871. Postfachkonto: Berlin Nr. 1519 51.

Unmittelbare Demokratie

Das „Ja“ des deutschen Reichsvolkes am 19. August 1934, dem Tag der Volksabstimmung Führer und Volk

Wenn das Wort Moeller von den Brüdern wahr ist, daß Demokratie die Teilnahme eines Volkes an seinem Schicksal bedeutet, dann trifft dies gewiss auf die Volksbefragungen der letzten anderthalb Jahre durch den Führer zu. Und auch die Einstimmigkeit, daß unser Volk bei der Machtübernahme durch Adolf Hitler weiß, was es will.

In einer Woche tritt das deutsche Volk wiederum an die Wahlurnen, um das „Ja“ zu dem Geleitz zu sagen, das die Befugnisse des Reichspräsidenten auf den Führer und Reichskanzler Adolf Hitler überträgt. Der Führer ist zwar durch das Gesetz vom 3. August durch das Reichsstatut rechtlich zum Reichspräsidenten bestimmt worden, trotzdem ordnet der Führer nochmals eine Volksabstimmung an, durch die das Gesetz vom Volk bestätigt werden soll. In diesen Erklärungen des Volkes gibt sich wahr und zwar unmittelbare Demokratie kund. Sie stehen im wohlthuendsten Gegensatz zu der Handlungsweise von angeblichen Tempelwächtern der Demokratie, die zwar immer das Wort im Munde führen, aber niemals wahrer Demokratie gerecht werden. Man braucht nur auf Österreich zu schauen, wo noch immer eine angeblich demokratische Partei wie die sogenannten Christlichsozialen am Ruder ist. In unzähligen politischen Aktionen hat diese Partei bisher das Recht des Volkes auf freie politische Willensentscheidungen brutal mit Füßen getreten. Man braucht nur nach dem Verlauf zu blicken, wo Vertreter einer angeblich demokratischen Institution wie die des Völkerbundes die demokratischen Forderungen der Gaurländer geradezu schamlos mißachteten. Im nationalsozialistischen Deutschland, das auf Grund seiner Judenhege und gemeinsamer marxistischer Verleumdungen vielfach noch vom Ausland als ein Staatswesen krankhafter Diktatur verschrien wird, ruft der Führer das Volk nach der Prinzipien der reinsten Demokratie zur freien politischen Willensäußerung auf. Und der Führer handelt hier nach dem Vorbild, das uns aus der Zeit germanischer Frühgeschichte überliefert ist, denn unsere Vorfahren waren ursprünglich ein demokratisches Volk, zwar keines von jenen Abwandlungen, sondern ein solches höchstgehobener Selbstlosigkeit. Auch in diesem Fall folgt unser Führer wieder der großen und heiligsten Tradition unseres Volkes, und zwar aus einer Epoche, als

die Demokratie von deutschen Geschlechtern in matterlicher Reifezeit rühmlich gepflegt wurde.

Aber bei aller Wichtigkeit der Pflege demokratischer Grundzüge in einem Staatswesen ist es nicht das Verdienst der Demokratie an sich, wenn ein Reich und Volk wieder zu Achtung und Ehren kommen. Das Deutschland wieder zu Ansehen gelangt, daß es wieder in den Besitz wirtschaftlicher Kräfte kommt, daß es aus dem Zustand politischer Vethargie wieder in den politischen Aktivismus kam, ist das Verdienst des Führers, der allerdings mit den Mitteln der Demokratie vorzüglich umzugehen und sie trefflich zu meistern weiß. Und dem Führer soll am 19. August im freien und geheimer Wahl, aber voller Freudigkeit und hingebungs-voller Treue, das „Ja“ kundgegeben werden, das ihn bestätigt: Du bist weiter auf dem rechten Weg, dir folgen wir zu jeder Zeit. Du hast unser Vertrauen, unsere Verehrung und unsere Liebe.

Und kann es für unser Volk einen besseren Führer geben als ihn, Adolf Hitler, der die Sorgen und Mühe armer deutscher Volksgenossen erlebte und erlitt, wie nur irgend-einer, der als Grenzlanddeutscher die Tragik und das Leid deutscher Brüder jenseits der Grenzen über sich ergehen lassen mußte, der als einfacher Grenzsoldat durch die Höllen des Weltkrieges schritt, um schließlich nach furchtbaren Jahren politischer Verlästerungen und börsartiger Feindschaften dieser übermächtigen Schicksal doch zu bezwingen und das deutsche Volk aus unseinerger Herrlichkeit und furchtbarem Parteienjammer zu erlösen. Adolf Hitler ist der geniale Neuschöpfer und Einheitsgott des Reiches. Aber in dem Ausdruck der Geschichte unseres Volkes bescheidend, wird immer nur voll Ehrfurcht und Bewunderung von der politischen Großtat Adolf Hitlers gepredigt, nämlich die im Ausbau begriffene Einheits-schöpfung des Reiches.

Am 19. August spricht das deutsche Volk ein einhelliges „Ja“; offenbar es durch dieses deutsche Wort die großartige Teilnahme eines politisch-tätigen und verantwortlichen Staatsvolkes, das voll Stolz und Treue einen Führer sein eigen nennt, der Adolf Hitler heißt und Schöpfer des Dritten Reiches ist!



Adolf Hitler in der Münchener Ausstellung „Die Straße“
Der Führer und Kanzler bei der Besichtigung eines Modells der täglichen Verkehrsunfälle, das ihm von Professor Rechner (neben ihm) erläutert wird.

Anordnung des Führers und Reichskanzlers ihren Willen in freier und geheimer Abstimmung zu bekunden können. Niemand darf in der Ausübung seines Stimmrechts behindert werden. Jede Befähigung von Stimmberechtigten, namentlich auch vor den Stimmlokalen, soll mit allen Mitteln verhindert werden.

Koffhäuserbund zur Volksabstimmung

Oberst a. D. Reinhard, der Bundesführer des Deutschen Reichskriegerbundes „Koffhäuser“, erklärt zur Volksabstimmung am 19. August folgende Kundgebung: „Durchbringen von der Überzeugung, daß jede Staatsgewalt vom Volke ausgehen, und von ihm in freier und geheimer Wahl bestätigt sein muß, hat der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler den Willen ausgedrückt, daß die Vertretung seiner Person und damit die des Reichskanzleramtes mit den Funktionen des vereinigten Reichspräsidenten ausdrücklich vom deutschen Volke aufgegeben wird.“

Niemand ist berufener, das Erbe unseres großen Marschalls Hindenburg fortzuführen, als Adolf Hitler. In seine Hände hat der gerechte Gott und Reichspräsident an der Gruf Friedrichs des Großen das Schicksal Deutschlands gelegt, er schlug damit die Brücke vom Gestern zum Morgen, zum einzigen Deutschland.

Von jedem Mann des Koffhäuserbundes erwarte ich, daß er dieses Vermächtnis unserer Schirmherrn hochhält, und daß er deshalb gerade in diesen Tagen mit soldatischem Bewusstsein das Vertrauen aller Kreise des Volkes zu unserem Führer Adolf Hitler fahrt.

Es ist dies die erste große nationale Aufgabe, die jeder Mann des Koffhäuserbundes im Gedanken an seinen Schirmherrn und Marschall zu erfüllen hat. Sie gilt dem Deutschland der Ehre, der Freiheit und des Friedens, für das Hindenburg sein Leben lang gekämpft hat. Wer sein „Ja“ nicht gibt, handelt gegen den Willen Hindenburgs.

Es lebe Deutschland unter dem Führer Adolf Hitler!

Das Vermächtnis Hindenburgs

Die Frist bis zur Volksabstimmung am 19. August ist kurz. Aber wir brauchen ja auch keine innere Vorbereitung dazu. Die Frage, die der Führer Adolf Hitler an uns richtet, und die wir am 19. August beantworten sollen, birgt für einen Deutschen keine Schwierigkeiten in sich. Der Führer will, daß die vom Reichsstatut beschlossene und verfassungsmäßige Bestimmung des Reichskanzleramtes mit den Funktionen des früheren Reichspräsidenten die ausdrückliche Sanktion des deutschen Volkes erhält. Wer wollte dem Führer, in dessen Hände der vereinte Reichspräsident von Hindenburg das Erbe gelegt hat, diese Sanktion nicht erteilen? Das Vermächtnis des toten Marschalls ist uns heilig. Daher kann der Führer Adolf Hitler der Zustimmung des deutschen Gesamtvolkes sicher sein.

Aber jeder hat die Pflicht, seine Stimme abzugeben. Schon allein die Dankbarkeit verpflichtet jeden, dem Führer zu zeigen, daß hinter ihm eine geeinte Nation steht, die ihm vertraut und auf ihn zu rechnen kann.

Die Volksabstimmung wird sehr viele Volksgenossen in den Ferien finden. Es ist aber selbstverständlich, daß auch die, die nicht an ihrem Wohnort sind, ihrer Abstammungspflicht genügen. Sie besorgen sich einen Stimmlokal, der sie berechtigt, an jedem Ort im Reich ihre Stimme abzugeben.

Einen Stimmlokal erhält auf Antrag:

1. ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmlokal eingetragen ist, wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält, wenn er nach

Ablauf der Einspruchsfrist seine Wohnstätte in einen anderen Stimmbezirk verlegt oder wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Bedrohens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Stimmlokal die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen;

2. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmlokal eingetragen oder darin gestrichen ist, erhält einen Stimmlokal, wenn er nachweist, daß er ohne sein Verschulden die Einspruchsfrist verfehlt hat, wenn er wegen Abnehmens des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist, oder wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Weiter erhält ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmlokal eingetragen oder darin gestrichen ist, auf Antrag einen Stimmlokal, wenn er Auslandsdeutscher ist und sich am Abstimmungstage im Inlande aufhält, oder wenn er zur Besetzung von See- und Binnen-schiffen gehört und für keinen festen Landwohnsitz polizeilich gemeldet ist.

Freies Stimmrecht gewährleistet.

Der Reichsminister des Innern hat angeordnet, daß bei der Abstimmung am 19. August für den Schutz der Stimmlokale und der Abstimmenenden unbedingt zu sorgen ist. Die zuständigen Stellen sind ferner angewiesen worden, jede mögliche Vorbeuge zu treffen, daß die Stimmberechtigten entsprechend der ausdrücklichen